

BULLETIN

NUMMER 3 | SEPTEMBER 2018



-
- * 5 Regierungsrät - Transmenschen ernst nehmen *
 - * 10 15 Jahre Jaz - Begegnung schaffen ist ihr Ding *
 - * 12 Bildung - Viel ist nicht genug *
 - * 14 Wahlen - Krasser Kassenkrampf *
 - * 20 Velo - PRIX Velostädte 2018 *
-

3 Editorial

4 Kantonsrat

Zwei heisse Themen

5 Regierungsrat

Transmenschen ernst nehmen

6 Waffenexport

Allianz gegen Waffenexporte

7 Junge Alternative

Schweizer Waffen

8 Initiative I

Wachsende Sympathien

10 15 Jahre Jaz

Begegnung schaffen ist ihr Ding

12 Bildung

Viel ist nicht genug

13 Wahlen

Fit aus dem Steilhang

14 Wahlen

Krasser Kassenkrampf

16 Klimaresolution

Die Klimakrise wartet nicht

17 Initiative II

Für ein einfaches Ziel

18 Initiative III

Veloverkehrsnetz Zug

20 Velo

PRIX Velostädte 2018

21 Grünspecht

Afrika im Fokus

22 Gelesen

Urfaschismus

23 Initiative IV

Nein zur Selbstbestimmungsinitiative

24 Delegiertenversammlung

Zufriedene Grüne

26 Service

Gestreift

Kino

Veranstaltung

Adressen

Impressum

«Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grünes Forum Hünenberg

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäußerung.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Wir sind die Zukunft!

Konradin Franzini, Co-Präsident Junge Alternative



3

Konradin Franzini übergibt zusammen mit einer Delegation der Jungen Alternativen dem Kantonsratspräsidenten einen Sparhammer.

Als junger Zuger möchte ich der Jugend eine politische Stimme verschaffen, denn die politische Mitsprache von jungen Erwachsenen lässt oft zu wünschen übrig. Viele Jugendliche beteiligen sich selten an Abstimmungen und erscheinen schon gar nicht an Gemeindeversammlungen oder politischen Veranstaltungen. Uns jungen Menschen ist es leider oft nicht bewusst, dass wir jene Generation sind, welche noch am längsten mit den heute getroffenen Entscheidungen leben muss. Sei dies in gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder ökologischen Anliegen. Würde die Jugend aktiv an Abstimmungen teilnehmen, wäre beispielsweise der schonende Umgang mit unserer Natur längst Tatsache. Die Politik und somit unsere

Demokratie sind also gefragt, entsprechende Lösungen und Ansätze zu erarbeiten. So wäre ein dauerhaftes Jugendparlament mit Vorstossmöglichkeit im Kantonsparlament durchaus ein erster Schritt, um die Stimmen der Jugendlichen abzuholen. Auch die politische Bildung an Schulen mittels eines Fachs «Politik» oder das Herabsetzen des kantonalen Stimmrechtsalter auf 16 Jahre wären Möglichkeiten, um alle Generationen aktiv in den demokratischen Prozess einzubinden. Aber auch wir Jugendlichen müssen den Druck auf die Politik erhöhen, um uns Gehör zu verschaffen. Sei dies auf den sozialen Medien, aber auch auf der Strasse mit politischem Engagement. Wir Jungen Alternativen treten mit 17 Jungpolitikerinnen und Jung-

politikern im ganzen Kanton zu den Kantonsrats- und Zuger Gemeinderatswahlen an. Damit noch nicht genug. In der Stadt Zug sind auf den ersten vier Listenplätzen zwei Jungalternative Kandidierende gesetzt. In vielen anderen Gemeinden wurden unsere jungen Kandidierenden zudem weit oben auf die Listen gesetzt. Damit zeigen auch die Alternativen – die Grünen Zug einmal mehr: Bei uns zählen Taten statt Worte. Als stärkste Jungpartei des Kanton Zug ist es für uns ein Ziel, in der nächsten Legislatur auch eine Vertretung der Jugend im Kantonsrat und dem Grossen Gemeinderat zu haben. Es ist an der Zeit, auch der Jugend im Parlament Platz zu verschaffen – denn wir sind die Zukunft! ■

Zwei heisse Themen

Hanni Schriber-Neiger und Anastas Odermatt

4 Zum Hauptstützpunkt ZVB legte der Kanton die Karten auf den Tisch. Der neue ZVB-Stützpunkt soll bleiben, wo er derzeit ist. Und zur Sicherheit im Kanton Zug reichte die CVP aus wahltechnischen Gründen eine Interpellation ein. Die Fraktion Alternative – die Grünen nahm Stellung zur Antwort des Regierungsrates.

Die Räumlichkeiten des heutigen Hauptquartiers der ZVB sind veraltet. Sie müssen renoviert, umgebaut, erneuert oder komplett neu gebaut werden. Über den richtigen Ort für einen neuen Hauptstützpunkt wurde in den letzten Jahren heftig diskutiert. Zehn Standorte wurden von der Baudirektion evaluiert. In der Kommission standen hauptsächlich der bisherige Standort an der Aa oder das Areal im Göbli zur Debatte.

Geht es bei diesem Geschäft nur um den Bodenuntergrund (Grundwasser im Göbli) oder um möglichst gute Anbindung ans aktuelle ÖV-Netz? Die Alternative – die Grünen-Fraktion ist der Meinung, dass die zukünftige Entwicklung in der Mobilität zu wenig berücksichtigt wurde. «Wie können wir heute einen neuen Standort festlegen, wenn der Kanton nicht einmal über ein Mobilitätskonzept verfügt? Wissen wir, wie sich der Verkehr in den nächsten 50 Jahren entwickeln wird? Können wir das erwartete Wachstum mit den konventionellen ÖV-Angeboten abdecken?» Die ALG findet es fahrlässig, bereits jetzt einen Entscheid zu treffen. Wir stellten den Antrag auf Rückweisung des Geschäftes, bis der Rat das neue Mobilitätskonzept abgesegnet hat, das uns die Regierung auf 2020 versprochen hat.

Eine Mehrheit des Kantonsrates wollte vorwärts machen und das Geschäft nicht zurückweisen. Sie wollte weder eine Machbarkeitsstudie zum Göbli machen lassen, noch warten, bis ein Mobilitätskonzept vorliegt. Trotz energischen und emotionalen Voten gab es bei der Schlussabstimmung keine Überraschung mehr: Das Parlament will den ZVB-Stützpunkt weiterhin an der Aa haben.

Sicherheit im Kanton Zug

In der Einleitung Ihrer Antwort auf eine Interpellation der CVP zur Sicherheit im Kanton Zug stellt der Regierungsrat fest, es gehe um ein «umfassendes Verständnis von Sicherheit». Dazu ein paar Hinweise von der Fraktion Alternative – die Grünen.



Busse der ZVB am Bahnhof Baar.

Wir fühlen uns sicher – sehr sicher sogar. Doch was heisst das? Wir müssen unterscheiden zwischen objektiver und subjektiver Sicherheit. Sich subjektiv unsicher zu fühlen, hat damit zu tun, vor etwas Angst zu haben. Solche Ängste kann man bewirtschaften oder auch vermindern. Hier kann jede und jeder von uns mittragen – subjektives Sicherheitsgefühl überträgt sich von Person zu Person. Wenn wir also die subjektive Sicherheit im Kanton Zug verbessern wollen, sollten wir mit positivem Beispiel vorangehen, uns sicher fühlen – aber auch keine Polizeiposten streichen.

Die subjektive Sicherheit hat nicht

unbedingt viel mit der objektiven Sicherheitslage zu tun. Die Regierung hat für drei Sicherheitsfelder (Radikalisierung und gewalttätiger Extremismus, Cyberkriminalität und Gesundheit) die objektive Sicherheitslage, Risiken etc. beschrieben. Die ALG hat sich auf ihrem letzten Fraktionsausflug im Frühling bei der Kantonspolizei unter anderem im Labor Cyberkriminalität umgeschaut – spannend und eindrücklich – also dort ist objektive Kompetenz vorhanden.

Die Regierung hat auch gesagt, dass nicht alles beeinflusst werden kann:

Wir sind föderal eingebettet in ein grösseres System. Uns damit aus der Verantwortung stehlen können wir aber nicht. Was in der Antwort des Regierungsrats völlig fehlt, ist das Thema sichere Infrastrukturen. Was ist mit Wassermangel? Sind unsere Strom- und Telekommunikationsnetze genügend sicher – und genügend modern? Hier könnten wir sehr wohl Einfluss nehmen. Wenn wir Spardiskurse anheizen wie in den letzten Jahren, bei Polizeidienststellen sparen oder es nicht ermöglichen, dass ein vollständiges Bedrohungsmanagement aufgebaut werden kann, ja dann haben wir Einfluss. ■

Transmenschen ernst nehmen

Manuela Weichelt-Picard, Frau Landammann

Transmenschen und Menschen mit einer Geschlechtsvariante sollen ihr Geschlecht und ihren Vornamen im Personenstandsregister künftig unbürokratisch ändern können. Die Zuger Regierung befürwortet eine entsprechende Änderung des Zivilgesetzbuches, welche der Bundesrat in die Vernehmlassung geschickt hat. Mit der Änderung wird das Zivilrecht auf die Lebensrealitäten unserer Gesellschaft ausgerichtet.



Personen, die innerlich fest davon überzeugt sind, nicht dem im Personenstandsregister eingetragenen Geschlecht zuzugehören, sollen Geschlecht und Vornamen mittels einer einfachen Erklärung ändern können. Eine vorgängige medizinische Untersuchung oder ein psychiatrisches Gutachten ist nicht notwendig.

Heute muss jedes Kind nach der Geburt innert drei Tagen mit Familien- und Vornamen, seiner Abstammung und seinem Geschlecht beim Zivilstandsamt angemeldet werden. Für die Eltern der rund vierzig Kinder mit einer Variante der Geschlechtsentwicklung, die jährlich in der Schweiz geboren werden, ist die heutige Regelung schwierig und häufig belastend: Auch wenn das medizinische Fach-

personal das Geschlecht des Neugeborenen nicht bestimmen kann, muss das Kind trotzdem mit einem männlichen oder weiblichen Geschlecht beim Zivilstandsamt angemeldet werden. Das Geschlecht und der Vorname können später nur in einem administrativen oder gerichtlichen Verfahren geändert werden.

Emotional belastende Verfahren

Auch Transmenschen, deren Geschlechtsidentität sich von dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht unterscheidet, sind mit grossen Schwierigkeiten konfrontiert. Gemäss Hochrechnungen leben in der Schweiz 100 bis 200 Transmenschen, die bereits operiert wurden oder die eine Operation in Betracht ziehen. Bis

in die jüngste Zeit konnten sie das Geschlecht im Personenstandsregister erst nach einer chirurgischen Sterilisation und einer operativen Angleichung der Geschlechtsorgane ändern lassen. Waren sie verheiratet, mussten sie sich zudem vorher scheiden lassen. Heute wird von solchen Anforderungen zwar abgesehen. Da jedoch keine klare gesetzliche Regelung besteht, müssen Transmenschen weiterhin hohe Hürden überwinden und die rechtliche Anerkennung der Geschlechtsänderung gerichtlich einklagen. Die Rechtspraxis ist uneinheitlich und die Verfahren werden als langwierig und emotional belastend empfunden. Nicht zuletzt sind sie auch kostspielig. Die Verschiebung der Zuständigkeit in solchen Angelegenheiten – von den Gerichten weg hin zu den Zivilstandsämtern – macht darum auch vor diesem Hintergrund Sinn.

Handlungsbedarf erkannt

Ich bin froh, dass die Zuger Regierung den Handlungsbedarf erkannt hat und die Vernehmlassungsvorlage des Bundes im Grundsatz befürwortet. Angeregt haben wir, dass Personen, die ihr Geschlecht im Personenstandsregister ändern möchten, vorgängig eine schriftliche Erklärung beim Zivilstandsamt einreichen und die inneren Beweggründe für diesen Schritt kurz darlegen. Erst wenn der begründete Verdacht besteht, dass die Erklärung zur Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister leichtsinnig oder missbräuchlich sein könnte, soll die Zivilstandsbeamtin Abklärungen treffen und allfällige Belege einfordern können.

Wie gesagt: Rein zahlenmässig sind nicht viele Menschen von der Änderung des ZGB betroffen, aber für jene, die betroffen sind, geht es um viel, nämlich um nicht weniger als ihre Geschlechtsidentität. ■

Allianz gegen Waffenexporte

Lewin Lempert, GSoA-Sekretär

6 Ende Juni hat der Bundesrat kommuniziert, dass er die Kriegsmaterialverordnung (KMV) dahingehend anpassen will, dass neu Waffen auch in Bürgerkriegsländer exportiert werden können. Eine breite Allianz mit Unterstützung aus Kirchen und dem bürgerlich-liberalen Lager wehrt sich dagegen.

Man stelle sich vor, dass ein x-beliebiger Lobbyverein einen Brief schreiben kann und der Bundesrat nur aufgrund dieses Briefes gleich selbst die gesetzlichen Grundlagen im Sinne des Lobbyvereins anpasst. Eigentlich denkt man: Das ist Politik, wie sie



RUAG 120mm-Minenwerfer BIGHORN

in einer Bananenrepublik stattfindet. Doch wenn es sich bei diesem Lobbyverein um die Schweizer Rüstungsindustrie handelt, dann heisst diese Bananenrepublik Schweiz. Ende 2017 hatte sich die Rüstungsindustrie in einem Brief an die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SIK-S) gewendet. Man wolle gerne Waffen in Bürgerkriegsländer exportieren, hiess es. Die Öffentlichkeit war empört, doch die SIK-S lud sogleich die zuständigen Departemente in ihre Sitzung ein. Diese sagten daraufhin den StänderätInnen, dass

sie die entsprechende Verordnung anpassen werden. Eine demokratische Abstimmung im Parlament – nicht einmal eine Abstimmung in der Kommission – war anscheinend nicht nötig. Die humanitäre Tradition der Schweiz war keinen Pfifferling wert. Während Didier Burkhalter als FDP-Bundesrat noch regelmässig mit der SP- und der CVP-Vertreterin zusammen gegen gewisse Rüstungsexporte stimmte, kippten mit der Neubesetzung in der Person von Ignazio Cassis die Mehrheitsverhältnisse. Ende Juni fiel dann der definitive Entscheid, die Kriegsmaterialverordnung anzupassen und neu Waffenexporte in Bürgerkriegsländer zu erlauben.

Nach diesem Entscheid gingen die Wogen hoch: 150 PfarrerInnen aus dem Kanton Zürich wandten sich an den Bundesrat, die Organisation Caritas veröffentlichte einen Blogbeitrag mit dem Titel «Bundesrat überschreitet rote Linie» und selbst SVP-Nationalrätin Nathalie Rickli hatte im vornherein das Vorhaben des Bundesrates kritisiert. Dies waren nur einige Beispiele, um den Widerstand gegen diesen menschenverachtenden Entscheid zu illustrieren. Während der Sommermonate entstand daraufhin eine unabhängige Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer, welcher auch die GSoA angehört. Ende August trat diese an die Öffentlichkeit – mit Unterstützung von BDP-Präsident Martin Landolt, GLP-Nationalrat Beat Flach, SP-Nationalrätin Priska Seiler Graf, Grünen-Nationalrätin Lisa Mazzone und Helvetas-Präsidentin Therese Frösch. Unterstützung erhielt die Allianz von Hilfswerken wie Amnesty Schweiz,

SWISSAID oder Public Eye und aus kirchlichen Kreisen. An der Pressekonferenz am 10. September war die Botschaft unmissverständlich: Wir zeigen dem Bundesrat die rote Karte! Die Allianz forderte den Bundesrat auf, den inakzeptablen Entscheid rückgängig zu machen. Gleichzeitig sollte im Parlament eine Mehrheit gesucht werden, die sich gegen den bundesrätlichen Fehlentscheid zur Wehr setzte. Zu guter Letzt wurde ein Aufruf lanciert, um 25 000 Personen zu finden, welche bereit wären, für eine allfällige Volksinitiative gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer mindestens 5 Unterschriften zu sammeln. Auf der Website www.korrekturinitiative.wecollect.ch können Sie diesen Aufruf unterstützen.

Im September berichtete die Zeitung «SonntagsBlick» über Ruag-Handgranaten beim IS in Syrien und in Libyen. Diese traurigen Beispiele zeigen, wie schon heutzutage Schweizer Waffen in den falschen Händen landen und dazu beitragen, dass weitere Menschen im Krieg leben müssen und in die Flucht getrieben werden. Bis anhin hat das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) gewisse Waffenexporte in Länder, welche an Bürgerkriegen beteiligt sind, zwar schon bewilligt. Dies geschah aber bis zum heutigen Tag auf einer illegalen Basis, wie beispielsweise auch 70 RechtsprofessorInnen in einem offenen Brief an den Bundesrat vor einigen Jahren bestätigt haben. Sollte nun die geplante Verordnungsänderung des Bundesrates, Waffen in Länder liefern zu können, welche an einem internen Konflikt beteiligt sind, durchkommen, werden diese menschenverachtenden Entscheidungen juristisch legitimiert. Zudem ist anzunehmen, dass die Exporte in Krisenregionen zunehmen würden. Um diese Entwicklung aufzuhalten, ist die politisch breit getragene Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer umso wichtiger und verdient unsere vollumfängliche Unterstützung. ■

Schweizer Waffen

Luzian Franzini, Co-Präsident Junge Grüne Schweiz

Die Schweizer Kriegsmaterialexporte sind derzeit in aller Munde. Der Entscheid des Bundesrates, auch Waffenexporte in Bürgerkriegsländer zuzulassen, stiess auf massive Kritik und führte dazu, dass sich innert drei Tagen über 40 000 Menschen dazu verpflichteten, Unterschriften gegen den Entscheid zu sammeln.

Der Kampf gegen die Schweizer Waffenlobby ist traditionsreich. Auch wenn beispielsweise die Volksinitiative der GSoA gegen den Export von Kriegsmaterial im Jahr 2009 abgelehnt wurde, zeigt die öffentliche Debatte, dass Milliarden Gewinne via Krieg in der Schweizer Bevölkerung einen schweren Stand haben. Ein Blick auf die Exportzahlen des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) zeigt: In den letzten fünf Jahren waren die Zahlen tiefer als während der Spitzenjahre 2008 bis 2012. Aber langfristig betrachtet, ist das Exportvolumen gestiegen. Alleine von Januar bis Juni dieses Jahres registrierte das SECO mit gut 205 Millionen Franken ein bedeutend höheres Exportvolumen als in der ersten Jahreshälfte 2017 (167 Millionen).

Ausfuhrbestimmungen werden immer lockerer

Auch wenn viele EU-Staaten und die USA zu den grössten Abnehmern gehören, exportiert die Schweiz im Wert von dreistelligen Millionenbeträgen auch in Länder wie die Vereinigten Arabischen Emirate oder Saudi-Arabien. Dass gerade Saudi-Arabien mitschuldig an vielen zivilen Toten (über 6000 Kinder) im Bürgerkrieg im Jemen ist, versucht die Schweizer Politik häufig unter den Teppich zu kehren. Es ist auch kein Zufall, dass Länder mit geopolitisch unsicherer Lage immer mehr zu den grossen Abnehmern der Schweizer Rüstungsindustrie gehören. So lockert der Bundesrat und das Parlament seit 2008 systematisch die Ausfuhrbestimmungen. 2014 wurde beispielsweise die Kriegsmaterialverordnung so gelockert, dass Waffen auch in Länder exportiert werden



Nach der Einreichung der Kriegsgeschäfte-Initiative folgt bereits das nächste Volksanliegen im Rüstungsbereich.

dürfen, welche die Menschenrechte schwerwiegend und systematisch verletzen. Und nach einem Jammerbrief der Schweizer Waffenlobby gab der Bundesrat Anfang Sommer auch in einem weiteren Punkt nach: dem Exportverbot in Bürgerkriegsländer.

Widerstand in der Bevölkerung

Eigenmächtig will er nun Waffenlieferungen auch in Länder ermöglichen, die in «interne bewaffnete Konflikte» verwickelt sind. Die Bewilligungskriterien dazu lockert er jetzt – ohne vorherige demokratische Abstimmung im Parlament. Die breite «Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer» will nun eine Volksinitiative lancieren, welche diesen Entscheid rückgängig macht und

den Status quo von 2014 wiederherstellt. Die Allianz besteht aus Personen aus verschiedenen Parteien, kirchlichen Kreisen und Hilfswerken. Nach Wortlaut der Initiative dürfen keine Waffen in Länder ex-

7

portiert werden, welche in einen bewaffneten Konflikt verwickelt sind, Menschenrechte systematisch verletzen, diese Waffen gegen die Bevölkerung einsetzen könnten oder die Waffen an Dritte weitergeben könnten.

Diskussion ist lanciert

Auch wenn der Status quo von 2014 noch lange nicht ausreicht und das längerfristige Ziel ein totales Exportverbot sein muss: Breite Kreise, in welchen auch bürgerliche Parteien wie die BDP vertreten sind, lancieren nun eine Diskussion über das Konfliktfeld zwischen Menschenrechten und Profit. Dies kann der neoliberalen Diskussionskultur in Bundesbern nur guttun. ■

Wachsende Sympathien

Peter Niggli, Mitglied des Initiativkomitees der Konzernverantwortungs-Initiative

8 Euphorie wäre verfrüht. Aber es war doch eine schöne Überraschung, dass die nationalrätliche Rechtskommission die Konzernverantwortungsinitiative (Kovi) geistig unabhängig und flexibel beraten hat.

Überraschend auch, dass ausgerechnet SVP-Nationalrat Hansueli Vogt – ein Spezialist für Corporate Governance und Aktienrecht – wesentliche Anliegen der Initiative in die laufende Revision des Aktienrechts übernommen und damit einen veritablen Gegenvorschlag zur Kovi formuliert hat. Wir haben uns noch vor Mona-

abstimmung den Sieg schenken. So weit ist es allerdings noch nicht. Ob der Gegenvorschlag eine Differenzbereinigung durch beide Kammern ohne substanzielle Abstriche überstehen wird und damit für die Initiantinnen bedenkenswert bleibt, ist offen. Auf alle Fälle bereiten sich die rund hundert zivilgesellschaftlichen Organi-



Ein guter Grund für die Kovi: Bisher wurde noch zu wenig erreicht. (Bild Kovi)

ten mit Vogt an Streitgesprächen zur Kovi duelliert. Nun siegte seine professionelle Seite über die politische Persona, was in der demokratisch-zentralistisch verfassten SVP-Fraktion grossen Mut verlangt. Die NZZ stichelte schon, der Gegenvorschlag würde den Initiantinnen ohne Volks-

sationen, die hinter der Kovi stehen, mit aller Kraft und bei wachsender Zustimmung auf den Abstimmungskampf vor: für die Initiative oder für einen guten Gegenvorschlag, denn möglicherweise wollen die eingefleischten Gegner der Kovi auch diesen per Referendum zu Fall bringen.

Gute Gründe für die Kovi

Alle Organisationen, die hinter der Kovi stehen, haben ihre eigenen Erfahrungen mit unrechtmässigem Verhalten von Schweizer Konzernen. Die Gewerkschaften mit der Missachtung von Arbeitsrechten in Lateinamerika und Asien, die Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen mit Verstössen gegen die Menschenrechte durch Bergbau- und Rohstoffunternehmen in allen rohstoffreichen Ländern, die Umweltorganisationen mit Umweltvergehen von Konzernen überall, wo demokratische Kontrolle versagt und die Rechte der Bevölkerung schwach sind. Economiesuisse und SwissHoldings, der Verband der Multis, wehren sich seit Jahren gegen jede gesetzliche Regulierung der menschenrechtlichen Pflichten von Konzernen, eine Haltung, die der Bundesrat gehorsam übernahm. Die Lancierung der Initiative ist deshalb bei einigen Entwicklungsorganisationen anfänglich auf Skepsis gestossen. Wie soll man gegen den Widerstand aller Wirtschaftsorganisationen und ihre Finanzmacht eine Volksinitiative durchbringen? Kein Unternehmen schien seinerzeit bereit, sich für die Initiative auszusprechen.

Der Wind hat gedreht

Das hat sich geändert. Natürlich fragten die Führungen von Economiesuisse und SwissHoldings ihre angeschlossenen Unternehmen und Verbände seinerzeit nicht an, ob sie die Anliegen der Kovi rundum ablehnen. Mittlerweile sind einzelne Unternehmen und das Groupement des Entreprises Multinationales explizit für die Initiative bzw. für einen substanziellen Gegenvorschlag. Sie wollen keinen Abstimmungskampf, in dem sie sich, wie Schafe hinter ihre Verbandsführung geschart, gegen die Respektierung von Menschenrechten und gegen den Schutz der Umwelt aussprechen müssten. Die harten Gegner betonen, es gäbe gar keinen Handlungsbedarf, da global

tätige Unternehmen die Menschenrechte freiwillig und ohne Zwang respektierten, die Umwelt hegten und pflegten und sich überall an die nationalen Gesetze hielten. Wegen «vereinzelt schwarzen Schafen» dürfe man nicht alle in «Sippenhaft» nehmen, so die NZZ, Unternehmen seien «keine Banditen». Nun sind aber genau die «schwarzen Schafe» oder «Banditen» dafür verantwortlich, dass die vernünftigen Unternehmen unruhig werden und die Initiative in der Öffentlichkeit auf wachsende Sympathien stösst. Nicht «vereinzelt», sondern regelmässig tauchen neue Fälle auf, in denen Schweizer Konzerne in armen Ländern die Menschenrechte der Angestellten oder der lokalen Bevölkerung verletzen. Die «schwarzen» sind für die «weissen Schafe» ein grosses Reputationsproblem. Ihre Taten nehmen «vorbildlich handelnde Unternehmen... durch Rufschädigung in «Sippenhaft», wie es Klaus Leisinger, der ehemalige Präsident der Novartis-Stiftung, auf den Punkt gebracht hat. Und sie schärfen die Zweifel an der «Vorbildlichkeit» von Konzernen, welche sich – ohne öffentliche Kontrolle – «freiwillig» zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet haben wollen. Nicht ohne Grund. Die Verhaltensrichtlinien und Abkommen, mit denen sich Konzerne der Menschenrechte und der Umwelt verpflichten, sind alle entstanden, um eine – internationale und nationale – gesetzliche Regelung ihrer Pflichten zu verhindern.

Bisher wenig erreicht

Die grösste «freiwillige» Vereinbarung ist der Global Compact der UNO aus dem Jahr 2000. Er umfasst nur einen Fünftel aller 45 000 trans- und multinationalen Konzerne der Welt. Aus der Schweiz sind ihm ganze 118 Unternehmen beigetreten – eine magere Beteiligung, wenn man bedenkt, dass der Bundesrat seit einigen Jahren die Unternehmen in-

Meilensteine der Kovi

Juni 2011: Der UNO-Menschenrechtsrat verabschiedet die Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. **Juni 2012:** Einreichung der von 135 000 Personen unterzeichneten Petition «Recht ohne Grenzen». Sie verlangt ein Gesetz, das multinationale Unternehmen mit Schweizer Sitz weltweit zur Einhaltung der Menschenrechte und von Umweltstandards verpflichtet. Zudem sollen Opfer in der Schweiz auf Wiedergutmachung klagen können. **März 2015:** Eine Motion der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats, die eine Sorgfaltsprüfungspflicht für multinationale Unternehmen im Bereich Menschenrechte und Umwelt verlangt, wird zunächst mit 91 zu 90 Stimmen angenommen. Auf Druck der Wirtschaftslobby wird die Abstimmung wiederholt, die Motion schliesslich mit 86 zu 95 Stimmen abgelehnt. **April 2015:** 66 Organisationen der Zivilgesellschaft lancieren die Konzernverantwortungsinitiative. **Juli 2016:** In einer repräsentativen Umfrage sprechen sich 89 Prozent der Bevölkerung dafür aus, dass Schweizer Multis die Menschenrechte und Umweltstandards auch im Ausland einhalten. **10. Oktober 2016:** Einreichung der Konzernverantwortungsinitiative mit 120 418 gültigen Unterschriften. **15. September 2017:** In seiner Botschaft zur Volksinitiative anerkennt der Bundesrat zwar das Anliegen, hält das Volksbegehren aber namentlich im Bereich der Haftung als für «zu weitgehend». Er empfiehlt dem Parlament, die Initiative ohne Gegenvorschlag vors Volk zu bringen. **13. November 2017:** Die Rechtskommission des Ständerats überweist die parlamentarische Initiative, welche die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags zur Initiative verlangt. **Mai 2017:** Im Rahmen der Revision des Aktienrechts erarbeitet die Rechtskommission des Nationalrats einen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative. **14. Juni 2018:** Diskussion des indirekten Gegenvorschlags im Nationalrat.

tensiv zu freiwilligem Handeln zu bewegen versucht. Von den zehn umsatzstärksten Unternehmen der Schweiz sind nur vier Mitglied des Global Compact, darunter zwei Rohstofffirmen mit Reputationsproblemen: Glencore und Trafigura. Dass einzelne Konzerne sich freiwillig anstrengen, eine Menschenrechtspolitik weltweit durchzusetzen, ist anzuerkennen. Anzuerkennen ist aber auch, dass nach mindestens zwanzig Jahren Corporate Social Responsibility wenig erreicht worden ist. Das Business & Human Rights Resource Center erstellt zusammen mit Investorengruppen seit kurzem den Corporate Human Rights Benchmark. Der erste Bericht vom April 2018 über Konzerne, die so etwas wie eine Menschenrechtspolitik haben, stellt fest: «The average performer is a poor performer.» In weniger als der Hälfte der Unternehmen nehme die Spitze des Konzerns eine Führungsrolle in der Menschenrechtspolitik ein. Und der Zugang zu Schadenersatz oder

-behebung sei bei allen untersuchten Unternehmen der schwächste Punkt ihrer Anstrengungen. Das würden die Kovi und zu einem guten Teil auch der Gegenvorschlag beheben. ■

Begegnung schaffen

Lisa Palak-Otzoup, Bereichsleitung Jaz

10

Die Jugendanimation Zug (Jaz) wird 15. Das Jaz-Team ist in der Stadt Zug aktiv und hat mit Mensch und Raum zu tun. Die Jaz ist ein Möglichkeitsraum für Ideen und deren Umsetzung. Als Basis dient der Lade für Soziokultur an der Kirchenstrasse 7. Der Mikrokosmos Jaz ist offen für alle.

Im Sommer 1998 startete der Verein ZJT einen Versuch und initiierte die «mobile Jugendarbeit» in Zug. Teammitglieder der i45 (Jugendkulturzentrum Zug) verschoben ihr Arbeitsfeld während der wärmeren Jahreszeit in den öffentlichen Raum, um direkt vor Ort Themen aufzugreifen und mit den Leuten zusammen Anliegen umzusetzen. Nach der mehrjährigen Pilotphase sah man in der Gehstruktur viel Potenzial und so entschied sich der Verein ZJT, ab dem Jahre 2003 die mobile Schiene kostenneutral in einen eigenständigen Bereich zu überführen. Die Jaz wurde ins Leben gerufen, ein Konzept für sozialraumorientiertes Arbeiten wurde aufgegleist und man hielt Ausschau nach Raum im Zentrum der Stadt Zug.

Lade für Soziokultur

Die Jaz durfte nach einigem Suchen und Verhandeln mitten in der Altstadt die Lokalität an der Kirchenstrasse 7 beziehen. Dieses geschichtsträchtige, begegnungsfreundliche Haus bot eine ideale Hülle, um ab Juni 2005 das Experiment «Lade für Soziokultur» zu starten.

Von diesem zentralen Treffpunkt aus konnten nun Fäden geknüpft und so die Angebote im öffentlichen Raum in der Stadt optimal komplettiert werden. Ehemalige Personalzimmer in den oberen Stockwerken der Liegenschaft ergänzen noch heute die gute Stube im Hochparterre für individuelles und gemeinschaftliches Tun. Zusammen mit interessierten Nutzern und Nutzerinnen entwickelte das Jaz-Team einen Ort für Information, Begegnung, Projekte und Veranstaltungen.

Nach wie vor hat das damals implementierte Dreisäulenmodell (s. Kasten) mit dem Lade für Soziokultur, der sozialräumlichen Arbeit im öffentlichen

Raum und der Vernetzungstätigkeit, als tragfähige und rahmende Struktur für die tägliche Arbeit, ihre Gültigkeit (s. auch Kasten).

Das Herz der Arbeit sind die Menschen

Dass die Leute mitmachen, dass sie etwas bewegen wollen, sich auf einen Prozess einlassen, hat mit verschiedenen Faktoren zu tun. So auch mit ihrer Bereitschaft, sich an Unbekanntes heranzuwagen. Das Jaz-Team hegt und pflegt den Möglichkeitsraum, steuert mit Mass, achtet darauf, dass Partizipation nicht eine leere Worthülle bleibt und überlegt sich immer wieder, wie es auch Personen ansprechen und einbeziehen kann, die oft übergangen werden und nicht selbstverständlich Zugang zu Teilhabe auf verschiedenen Ebenen haben.

Fiesta Grande am Zugersee

Die Jaz wurde vor 15 Jahren initiiert, 2018 ist also ein Jubiläumsjahr. Das war auch der Grund, dass am 9. Juli eine Fiesta Grande mit einem vielfältigen Programm am Zugersee stattfand. Dies war möglich, weil ein OK von acht Personen mit unterschiedlichen Prägnungen (beruflich, kulturell, altersmässig usw.) sich mit viel Kreativität miteinander auseinandersetzte, um dann mit ca. 50 weiteren Engagierten vor Ort ein tolles Fest durchzuführen. Ein poetisches Booklet kann zum Selbstkostenpreis bei uns bezogen werden (Fotos und Gestaltung von Elena Klippel, Text von Melanie Guntern).

15 Jahre positive Erfahrungen

Zusätzlich zur Fiesta Grande wollten wir im Jubeljahr durch eine weitere Aktion Soziokultur sichtbar machen. Die Idee unserer jugendlichen Gestalterin, Postkarten mit Zitaten von Jaz-Nutze-

rinnen und -Nutzern zeichnerisch umzusetzen, fanden wir toll. Wir baten acht Personen, die aktuell aktiv mitwirken, zu einem Gespräch und unterhielten uns über ihre Erfahrungen mit der Jaz. Die Statements laden dazu ein, die Dimension von soziokulturellem Geschehen zu errahnen. Es ist ein wesentliches Merkmal der soziokulturellen Animation, dass sie auf dem Sich-Begegnen, der Auseinandersetzung mit dem Gegenüber und dem Gemeinsam-etwas-miteinander-zu-tun-haben aufbaut. Ich bin überzeugt, dass eine Zunahme an ZusammenLebensWissen *) grosse Vorteile für ein Gemeinwesen birgt. Das Entwickeln von Gemeinschaft beginnt meist im Kleinen.

Beni (20) ist Mitglied der Jugendgruppe Prisma, die sich monatlich im 08/16-Treff im Lade für Soziokultur trifft.

Itziar (64) initiierte 2006 den monatlichen spanischen Stammtisch mit Tortilla «de colores» und lud zu Tortilla und Wein ein.

Balz (19) ist vom Team Z. Viele Stunden seiner Freizeit verbringt er im Atelier, das die Jung-Filmer zu günstigen Konditionen im vierten Stock gemietet haben.

Sophie (21) mietete bis vor kurzem das Dachatelier. Seit sie 14 Jahre alt ist, ist sie in der Jaz aktiv: als Stadtforscherin, Festmoderatorin, Köchin, Sommerbarchefin und Nähworkshopinitiantin.

Leman (55) engagiert sich beim Writers Klub und ist Teil der Planungsgruppe. Immer wieder ist sie in verschiedensten Projekten der Jaz mit von der Partie.

Adrien (18) übernahm diesen Sommer zum zweiten Mal die Mitverantwortung für das «Atelier am See» und wirkte im OK für das Jubiläumsfest 15 Jahre Jaz mit.

Sudem (17) war während dreier Jahre beim Freizeitjobvermittlungsbüro Jobshop im Büroteam.

Josef (67) nahm von 2012 bis 2016 an der Drehscheibe teil und engagierte sich seit 2017 als Koch beim F-eintopf.



11



Grafik: Nadine Laube

Die drei Standbeine

Das Jaz-Team ist für das Weiterentwickeln der Möglichkeiten, die Koordination und die Ausrichtung des Lade für Soziokultur zuständig. Interessierte können Ideen einbringen, die selbst organisiert oder vom Jaz-Team begleitet werden. Es finden auch autonome Raumnutzungen statt, wie beispielsweise regelmässige Treffen von Jugendlichen, die sich mit Geschlechterrollen auseinandersetzen. Eine andere Gruppe betreut wöchentlich den Foodwaste-Kühlschrank und trifft sich zu Koordinationsitzungen im Lade. Hinzu kommen Aktivitäten mit Projektcharakter oder das Jaz-Team bietet Unterstützung, um individuelle Probleme anzugehen oder wenn sonstiges Coaching gefragt ist. Die Spannweite des Monatsprogramms ist gross, vom mehrwöchigen Theaterworkshop, initiiert von einer Theaterpädagogikstudentin, bis zum Erlernen von Heftbindetechniken unter Anleitung einer Künstlerin. Weitere Beispiele sind literarische Monatstreffen von und für Personen mit Deutsch als Zweitsprache, Stuben-Performances in Wort oder Ton sowie Workshops, um die Möbel für den Treffpunkt gemeinsam mit Jugendlichen zu bauen.

Das Jaz-Team bewegt sich am Puls des Geschehens und spielt im städtischen Zusammenspiel eine anwaltschaftliche Rolle für entsprechende Zielgruppen. Im Sommerhalbjahr geht es raus, z.B. mit den Leseinseln auf der Rössliwiese oder dem Büro am See. Der direkte Kontakt mit Mensch und Raum bestimmt das Spektrum des Sommerprogramms. Um kleine, eigene Aktionen durchzuführen, werden interessierte Jugendliche bei der Umsetzung von Mitarbeitenden der Jaz unterstützt. Das Projekt «Bus on Tour» (mobiler Treffpunkt im öffentlichen Raum) passt bestens, um unbürokratisch etwas auf die Beine zu stellen.

Das vernetzte Arbeiten ist eine wichtige Grundlage der Jaz. Nicht nur das Knüpfen von Kontakten im Feld ist wichtig, sondern es gilt auch, den Austausch mit der Entscheidungsebene zu pflegen. Aus diesem Grund initiierte die Jaz die Drehscheibe für Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, von Vereinen und sonstigen Institutionen. Etwa sechsmal pro Jahr beleuchten die Anwesenden Gesellschaftsfragen aus verschiedenen Blickwinkeln. Das kontinuierliche Dranbleiben, teilweise über Grenzen hinweg, ermöglicht es, Neuem zu begegnen. Sichtweisen – geprägt durch die jeweiligen institutionellen Aufträge – die unterschiedlichen professionellen Werte und persönliche Haltungen werden diskutiert.

Mehr Informationen

*) Das Buch zur Sprache: Ottmar Ette: «ZusammenLebensWissen. List, Last und Lust literarischer Konvivenz im globalen Maßstab». Reihe Überlebenswissen, 3. Kadmos, Berlin 2010

Jaz aktuell: www.jaz-zug.ch

Viel ist nicht genug

Redaktion BULLETIN

12

Der wichtigste Rohstoff der Schweiz sind gut ausgebildete Arbeitskräfte! Menschen, die qualitativ hochstehende Arbeiten verrichten und damit ein hohes Bruttosozialprodukt erwirtschaften. So tönte es noch vor Jahren. Das Gespräch mit Vroni Straub-Müller, für das Bildungswesen der Stadt Zug verantwortliche Stadträtin und Kandidatin für das Stadtpräsidium, bestätigt, dass das noch gilt und dass dafür an der Bildung weiter gearbeitet werden muss.

Vroni Straub-Müller spricht von drei grossen Herausforderungen:

- Steigende Schülerzahlen und erweiterte schulergänzende Betreuungsangebote
- Chancengleichheit, Bildungsrückstand aufholen, Umgang mit Kulturunterschieden
- Lehrplan 21 und Digitalisierung im Unterricht
- Arbeitsbelastung und Feminisierung des Lehrpersonals

Wir widmen uns dem ersten Thema: steigende Schülerzahlen und das Bedürfnis der Gesellschaft nach erweiterten schulergänzenden Angeboten. Über die anderen Themen werden wir in einem späteren BULLETIN berichten.

Ausbau erforderlich

Nachdem die Schülerzahlen in der Schweiz vom Jahr 2000 bis 2010 kontinuierlich von 957 auf 900 Tausend sanken, steigen die Zahlen seit 2011 wieder. Im Jahr 2017 besuchten über 936 Tausend Schülerinnen und Schüler die obligatorische Schule. Und die Tendenz ist steigend. Die Nachfrage der Eltern nach den schulergänzenden Angeboten (SEB) ist in den letzten Jahren ebenfalls stark gestiegen. So machen heute über 44 Prozent der Schülerinnen und Schüler vom Angebot Gebrauch. Ein langer Schulweg und/oder dass beide Elternteile ausser Haus arbeiten, sind die wichtigsten Gründe dafür. Beides ruft unweigerlich nach einem Ausbau der Schul- und Betreuungsinfrastruktur. Warum brauchen wir mehr Platz? Hatten wir doch erst noch Klassen-

grössen von 40 Schülern und mehr! Die Unterrichtsformen haben sich in den letzten Jahren markant geändert. So gibt es heute viel weniger Frontalunterricht als früher. Das heisst, dass die Lehrpersonen heute nicht mehr während des ganzen Unter-



Vroni Straub-Müller

richts vor den Schülerinnen und Schüler stehen und dozieren. Damit die Lernziele und die angestrebten Kompetenzen erreicht werden, verlangen der aktuelle wie auch der künftige Lehrplan verschiedene Lehr- und Lernformen wie Lernateliers, Lernlandschaften, Gruppenarbeiten und abteilungsweisen Unterricht. Zudem gilt es auch, die individuelle Förderung, den Spezialunterricht sowie die Begabtenförderung zu organisieren, was ebenfalls geeignete Schulräume erfordert.

Weiter kommt erschwerend dazu, dass wir renovationsbedürftige Schulhäuser haben, und sich dabei oftmals herausstellt, dass ein Neubau die bessere Lösung als eine Renovation ist.

Ausbau sicherstellen

Die SEB werden von der Stadt und vielen Zuger Gemeinden auf freiwilliger Basis angeboten. Es wäre wünschenswert, wenn der Kanton Zug diese gesetzlich regeln würde. Im Art. 19 der Bundesverfassung steht: «Anspruch auf Grundschulunterricht – der Anspruch auf ausreichenden und unentgeltlichen Grundschulunterricht ist gewährleistet.» Der Kanton Zug hat dafür ein «Schulgesetz». Damit wird eine durch den Staatshaushalt finanzierte Bildung für alle Schülerinnen und Schüler sichergestellt. Der Trend zur Tagesschule ist da. Dieses Modell wird in naher Zukunft Standard sein. Natürlich werden Eltern, die ihre Kinder gerne am Mittag zu Hause wissen, und die auch mit Freude mit den Kindern Hausaufgaben machen, ihre Kinder weiterhin zuhause verpflegen und ihnen eine gute Lernumgebung vorleben. Es wäre jedoch wünschenswert, wenn SEB und Tagesschulen ebenfalls gesetzlich geregelt wären, damit sich die verantwortlichen Behördenmitglieder auf «Rechtssicherheit» stützen könnten und nicht bei jedem Budget darum kämpfen müssten. Andernfalls könnte ein politischer Umbruch, weg vom sozialen Gedanken, plötzlich gesellschaftlich wichtige Leistungen wie die SEB gefährden.

In der Stadt Zug wird in den Quartieren Herti und Loreto dringend benötigter, neuer Schulraum entstehen. Um mit diesen Projekten zügig vorwärtszukommen, haben sich die betroffenen Behörden für Bildung, Bau sowie Finanzen und weitere in der Stadtverwaltung dank gegenseitigem Einbezug und durchlässiger Information erfolgreich zusammengetan. Aus dem ersten «Hertiprojekt», das vor 10 Jahren abgebrochen werden musste, da es politisch nicht breit abgestützt war, wurden die Lehren gezogen. Die eingeschlagene Richtung stimmt, Vroni Straub-Müller will dranbleiben. ■

Fit aus dem Steilhang

Redaktion BULLETIN

Wahlkampf ist anstrengend. Umso wichtiger sind Auflockerungen und etwas Abwechslung.

13

Regierungsratskandidat Andreas Hürlimann (Steinhausen), Kantonsrätin Rita Hofer (Hünenberg) und Marcel Schriber-Neiger (Grüne Rotkreuz) haben die Chance am Schopf gepackt und haben am vergangenen Mittwoch, 12. September, in einem unter Naturschutz stehenden Steilhang von Biobäuerin, Kantonsrätin und Gemeinderatskandidatin Mariann Hess in Unterägeri beim Streunen geholfen. Mariann Hess und ihr Mann bewirtschaften ihre Steillagen traditionell. «Der Steilhang muss jeden Herbst nach dem Versamen der Pflanzen gemäht werden, damit er nicht verbuscht und die darin bestehende Biodiversität nicht verloren geht», so Biobäuerin Mariann Hess. Das Pflanzenmaterial wird im Stall als Unterlage für die Kühe hingestreut, darum der Name «Streue» und «streunen». Das ganze Material muss der Steilheit wegen von Hand bis in die Ebene gebracht werden, wie beim «Wildiheuen». Mit «Schwarbern» (spezielle Rechen) wird die Streue hinuntergereicht, dann mit Gabeln auf Planen gehäuft. Diese zieht man den Abhang hinunter, wo die Streue abgeladen wird. Dann geht es wieder den Steilhang hoch.

Streunen ist arbeitsintensiv. Umso froher ist, wer Hilfe hat. «Es war super, dass wir Hilfe hatten», so Mariann Hess. Und weiter «Andreas, Rita und Marcel haben Vollgas gegeben – wir haben einen neuen Rekord aufgestellt.» Auch den drei Streuni-Helfern hat's gefallen: «Es war eine super Auflockerung vom Wahlkampf – mit den Rechen raus in die Steilhänge und zusammen streunen. Es war schweisstreibend und ein gutes Fitnessstraining – jetzt freue ich mich umso mehr auf einen gelungenen Endspurt im Wahlkampf», so Regierungsratskandidat Andreas Hürlimann. Vielleicht reicht es ja auch dort für neue Rekorde. ■



Andreas Hürlimann, Rita Hofer und Mariann Hess (v.l.n.r.) am Streunen.



Andreas Hürlimanns sinnvolles Fitnessprogramm.

Krasser Kassenkrampf

Redaktion BULLETIN

- 14 Der traditionelle Sponsorenlauf der Alternativen – die Grünen ist seit vielen Jahren ein fester und erfolgreicher Bestandteil jedes Wahlkampfes. Bei Sonnenschein und sommerlichen Temperaturen schwitzten die tapferen Läuferinnen und Läufer auch dieses Jahr für die Wahlkampfkasse und drehten am Zuger Seeufer Runde um Runde, während ihnen ihre Unterstützerinnen und Unterstützer zujubelten. Neben den sportlichen Aktivitäten sorgten verschiedene Musikeinlagen, kühle Getränke und die köstlichen Speisen vom Grill- und Kuchenstand für gute Stimmung unter den zahlreich erschienenen Besucherinnen und Besuchern. Ein schöner Anlass, der nicht nur der Wahlkampfkasse, sondern auch allen Teilnehmenden gutgetan hat – und nach dem die Kandidatinnen und Kandidaten motiviert in den «Endspurt» starten werden.





Die Klimakrise wartet nicht

Grüne Schweiz

16

Die Dürre des Sommers 2018 zeigte eindrücklich die negativen Folgen der menschengemachten Klimaerhitzung auf. Mit zunehmenden Temperaturen werden Wetterextreme häufiger und intensiver.

Vegetation, Landwirtschaft und Wälder, die sich über Jahrhunderte an die lokalen Gegebenheiten und das lokale Klima angepasst haben, kommen unter Druck. Das Tempo der zerstörerischen Klimaerhitzung überfordert die Anpassungsfähigkeit von Menschen und Natur.

Wir alle können eigenverantwortlich mehr für den Klimaschutz tun. Doch der Schritt in die fossilfreie Zukunft gelingt nur, wenn die Politik die richtigen Rahmenbedingungen setzt und neue Allianzen den Druck erhöhen. Die Grünen Schweiz haben an ihrer Delegiertenversammlung im August 2018 eine Resolution verabschiedet, welche sich dem Klimaschutz annimmt und konkrete Forderungen stellt:

Ausstieg aus allen fossilen Energieträgern

In einem gestaffelten Vorgehen sollen fossil betriebene Heizungen, Anlagen und Personenwagen weiterentwickelt, umgerüstet oder ersetzt werden, um bis spätestens 2050 definitiv aus allen fossilen Energieträgern ausgestiegen zu sein. Nur wenn wir diesen Ausstieg jetzt anpacken, können die wirtschaftlichen Kosten der Klimakrise tief gehalten und eine nachhaltige Energieversorgung für die kommenden Generationen garantiert werden.

Für einen sauberen Finanzplatz

Wir fordern einen Rückzug der Investitionen aus den fossilen Energien. Die vom Schweizer Finanzplatz gesteuerten Aktivitäten verursachen das Zwanzigfache der inländischen Treibhausgasemissionen. Das entspricht den gesamten Inlandemissionen von Deutschland oder Japan. Der Rückzug von Investitionen in fossile Energien hat deshalb eine enorme Hebelwir-

kung im Kampf gegen die globale Klimaerhitzung. Die Banken, Versicherungen und Pensionskassen sind zu verpflichten, sich nur noch an Investitionen zu beteiligen, welche mit dem 2-Grad-Ziel im Einklang sind. Dazu soll der Bund CO₂-Reduktionsziele festlegen, damit der Finanzsektor bis spätestens 2030 keine fossilen Investitionen mehr tätigt.



Das Klima wartet nicht – die Grünen fordern an ihrer Delegiertenversammlung mehr Klimaschutz!

Vielflieger finanzieren nachhaltigen Tourismus

Um die massiv steigende Klima- und Umweltbelastung des Flugverkehrs zu reduzieren, ist eine Flugticket-Abgabe zu erheben, wie sie in Nachbarländern bereits besteht. Deren Einnahmen sollen zweckgebunden in einen Fonds für den lokalen, nachhaltigen Tourismus einbezahlt werden. Damit soll es attraktiver werden, Ferien in der Region zu machen.

Ein Klima-10-Räppler pro Liter Treibstoff

Dürren wie in diesem Hitzesommer zeigen auf, dass die Klimaerhitzung teuer wird. Die Reparatur- und Anpassungskosten werden in Zukunft weiter zunehmen und müssen verursachergerecht finanziert werden. Die Grünen fordern einen Klima-10-Räppler für die Erdöl-Importeure. Für jeden Liter Benzin-Äquivalent inklusive Kerosin muss die Erdöl-Industrie 10 Rappen in einen Fonds zur Finanzierung der Klimaanpassung einzahlen. Das entlastet Private und öffentliche Haushalte.

Internationales Engagement

Die Grünen setzen sich auf allen Ebenen dafür ein, dass die Klimapolitik weiterentwickelt wird. Die Schweiz muss sich auf internationaler Ebene aktiv dafür einsetzen, die Reduktion der Treibhausgase voranzutreiben. Sollten im CO₂-Gesetz keine entscheidenden Verbesserungen durchgesetzt werden, muss die Bevölkerung selber über eine verantwortungsvolle Klimapolitik bestimmen können.

Unterstützung für die Gletscher-Initiative

Diese Initiative will verbindlich in der Verfassung festschreiben, dass in der Schweiz ab 2050 kein fossiler Kohlenstoff mehr in Verkehr gebracht werden darf. Dies entspricht den Vereinbarungen des Pariser Klimaabkommens, das die Schweiz zwar ratifiziert hat, aber aktuell nicht umsetzt.

Klimaschutz-Initiative ist angedacht

Nach der Nationalratsdebatte zum CO₂-Gesetz Ende 2018 werden die Grünen Delegierten Bilanz über den politischen Willen für griffigen Klimaschutz ziehen. Eine ergänzende Klimaschutz-Initiative mit konkreten kurz- und mittelfristigen Massnahmen ist bereits angedacht. ■

Für ein einfaches Ziel

Von Marcel Hänggi, Initiant der Gletscher-Initiative

Manche Probleme sind schwer zu lösen, weil sie schwer zu lösen sind. Andere Probleme sind schwer zu lösen, gerade weil ihre Lösung so einfach wäre, wenn man es sich nur eingestünde.

Die Klimapolitik hat unzählige Instrumente hervorgebracht, die mitunter vor allem den Zweck zu haben scheinen, vom einfachen Kern des Problems abzulenken: Es geht darum, baldmöglichst keine Treibhausgase mehr in die Atmosphäre zu blasen. Und mit Blick auf das wichtigste Treibhausgas, CO₂, heisst das: keinen fossilen Kohlenstoff mehr zu verbrennen – kein Erdöl, kein Erdgas, keine Kohle, denn sie bedrohen das Überleben der menschlichen Zivilisation. Diese Ressourcen haben eine extrem mächtige Lobby. Gleichwohl haben sich 2015 alle UNO-Mitglieder in Paris auf ihr Ende verständigt: Die menschengemachten Treibhausgasemissionen sollen netto auf null sinken. So soll die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 und wenn möglich auf 1,5 Grad über vorindustrielles Niveau begrenzt werden.

Das ist gut. Doch man rettet die Welt nicht, indem man beschliesst, sie dürfe nicht untergehen. Was die Schweiz angeht, fehlt bislang die Bereitschaft umzusetzen, was man da unterzeichnet hat – und was angesichts des Klimawandels nottut.

Halbherzige Vorsätze

Um die Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad zu begrenzen, müssten die Emissionen ungefähr zu Jahrhundertmitte null erreichen. Der Bundesrat strebt bis dahin aber lediglich eine Senkung der schweizerischen Emissionen um 70 bis 85 Prozent an. Das CO₂-Gesetz für die Jahre 2021 bis 2030, das derzeit vom Parlament beraten wird, sieht laut Entwurf ein Zwischenziel von minus 50 Prozent bis 2030 vor, wobei das schöngeredet ist: Tatsächlich soll ein Teil dieser 50 Prozent nicht reduziert, sondern als Reduktionszertifikate im Ausland eingekauft werden.

Am 25. August haben am Steingletscher achtzig Leute aus der ganzen Schweiz den Verein Klimaschutz Schweiz gegründet. Der Verein bereitet die Lancierung einer Eidgenössischen Volksinitiative vor, um einen ernsthaften Klimaschutz in die Verfassung zu schreiben. Und zwar so einfach wie möglich: Die Gletscher-Initiative verbietet das Inverkehrsetzen fossilen Kohlenstoffs, spätestens ab Ende 2050.

Nicht radikal, sondern klar

Was radikal tönt, ist nichts anderes als die Umsetzung dessen, was die UNO 2015 im Konsens beschlossen hat. Es ist radikal in dem Sinne, dass es ein Problem an der Wurzel angeht. Und 2050 ist nicht einmal besonders ambitioniert: Schweden sieht bereits für 2045 CO₂-Freiheit vor. Dass es technisch machbar ist, ist keine Fra-

ge: Zahlreiche wissenschaftliche Studien zeigen es. Aber es fehlt bislang an politischem Willen.

Indem die Gletscher-Initiative eine Jahreszahl festschreibt, schafft sie Planungssicherheit: Jeder Unternehmer und jede Hausbesitzerin weiss dann, dass sich Investitionen in Anlagen und Infrastrukturen, die auf fossile Energie angewiesen sind, nicht mehr lohnen.

Abkehr vom Strukturerehalt

Solange man Emissionen bloss senken will, kann man versuchen, die fossilen Ressourcen effizienter zu nutzen. Aber damit betreibt man Strukturerehalt und verlängert das Leben einer Technik, statt sie auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen. Man sollte ihr nicht zu viele Tränen nachweinen: Erdöl, Erdgas und Kohle stehen nicht nur für Umweltzerstörung, sondern auch für extreme Machtballungen, für riesige globale militärisch-industrielle Komplexe und für korrupte autokratische Regimes. ■

17

Gletscher-Initiative

Der provisorische Initiativtext findet sich auf www.klimaschutz-schweiz.ch.

Marcel Hänggi ist Journalist und Buchautor und Initiant der Gletscher-Initiative. Begleitend zur Initiative hat er im Rotpunktverlag das Buch «Null Öl. Null Gas. Null Kohle. Wie Klimapolitik funktioniert: ein Vorschlag» publiziert.



Die Gründungsmitglieder der Gletscher-Initiative am 25. August am Steingletscher.

Veloverkehrsnetz Zug

Astrid Estermann, Mitglied des GGR Zug

18

Im Kanton Zug soll durch die Zuger Velonetz-Initiative ein sicheres, direktes und durchgehendes Veloverkehrsnetz bis 2030 geschaffen werden. Es wird eine fahrradfreundliche Infrastruktur realisiert, die den Ansprüchen aller Velofahrenden und unterschiedlicher Velotypen Rechnung trägt. Es gilt, Gefahren zu reduzieren, die Geschwindigkeiten des motorisierten Verkehrs anzupassen und eine Verkehrskultur des Miteinanders zu schaffen.

Bei Begegnungen mit sportlichen Velofahrenden oder mit Auto- und Busfahrenden erlebe ich es immer wieder, dass sie nicht verstehen, weshalb das Velonetz im Kanton Zug ungenügend sein soll. «Wir haben doch wunderbare Fahrradverbindungen von der Stadt Zug nach Steinhausen, Cham oder auch Baar», wird oft gesagt. Diese Wege sind weitgehend vom motorisierten Verkehr getrennt, haben eine gewisse Breite und sind gut ausgeschildert. Der Kanton Zug hat Geld für eine Velobrücke im Alpenblick investiert, hat eine eigene Velo- und Fussgängerführung bei der SBB-Unterführung Feldstrasse realisiert, eine teure Überführung über die Tangente Zug/Baar bei Inwil gebaut oder hat entschieden, auf beiden Seiten der Strasse nach Neuheim einen Radweg zu bauen.



Im Alpenblick wurde eine Velobrücke gebaut. Fotos Victor Zoller

Warum sind trotzdem viele andere Velofahrende nicht zufrieden?

Velofahrenden ist es ein Rätsel, weshalb bei diesen teuren Projekten meistens erst nach dem Bau auf problematische Punkte hingewiesen

wird. So sind etwa die Radien der Brückenzugänge zu eng, die Überführungen für viele Velofahrende zu steil oder die Zugänge zu und die Weiterfahrt von diesen tollen Velobauten nicht klar durchdacht. Zudem enden die Velowege zwischen den Gemeinden im innerstädtischen Bereich oft an gefährlichen Stellen, ohne klare Signalisation, wie es nun weitergeht. Für geübte Velofahrende ist dies kein Problem, für Neueinsteiger oder ältere Menschen aber sind dies gefährliche Stellen.

Das Zuger Velonetz ist nicht schlecht, aber es reicht bei weitem nicht, um für die zukünftige Mobilität gut gerüstet zu sein. Wenn wir uns mit den Bedingungen des heutigen Velonetzes zufriedengeben, dann werden weiterhin nur geübte und sportliche Velofahrende unterwegs sein.

Welche zukünftige Mobilität ist gewünscht?

Der motorisierte Verkehr im Kanton Zug wird mit dem Wachstum der Bevölkerung und der Arbeitenden weiterhin zunehmen. Der Strassenraum wird aber kaum mehr vergrössert. Um einen gewissen Verkehrsfluss weiterhin garantieren zu können, braucht es ein innovatives Mobilitätsdenken und ein Miteinander aller Verkehrsteilnehmenden. Das Fahrrad und die E-Bikes sind ein wichtiger Teil der Problemlösung. Wenn prozentual am Gesamtverkehr die Anzahl Velofahrender zunimmt, dann ergibt dies Entlastungen auf den Strassen des motorisierten und öffentlichen Verkehrs.

Eine Zunahme von Velofahrenden ist aber nur möglich, wenn das Velo-

wegnetz nicht nur für geübte und sportliche Velofahrende gebaut wird, sondern auch für Kinder, Jugendliche und weniger sichere Velofahrende. Das heisst, die Velowege müssen durchgehend und sicher sein. Ausserdem sollen Wege für E-Bikes anders angelegt werden, damit die Sicherheit gewährleistet ist (1). Pla-



Unterführung beim Brüggli, nicht fahrbar.

nende, Behördenmitglieder und die Politik müssen dafür neue Blickwinkel einnehmen, nämlich auch den eines Kindes, den eines unsicheren Velofahrenden oder eines E-Bike-Fahrenden. Gewisse Kreise behaupten zwar, dass es nicht möglich sei, für alle Bedarfsgruppen ein gutes Velowegnetz zur Verfügung zu stellen, und es nur ein Entweder-oder gäbe. Velofahrende, welche andere Städte wie Basel, Winterthur und natürlich auch Amsterdam oder Kopenhagen kennen, wissen, dass es machbar ist. Es gibt Tausend Gründe, um seine Meinung nicht zu ändern und zu behaupten, dass schon genügend getan wird fürs Velo. Damit dies aber nicht so bleibt, braucht es eine Initiative, einen Anstoss aus der Bevölkerung, dieses Denken aufzuweichen, zu hinterfragen und hoffentlich zu öffnen.

Weshalb eine kantonale Initiative nach dem Bundesbeschluss?

Die inzwischen zu Gunsten des Bundesbeschlusses Velo zurückgezogene eidgenössische Veloinitiative will, dass das Fahrrad neben den Fuss- und Wanderwegen ebenfalls in der Verfassung steht und somit das Velo

nicht nur ein Thema bei Kantonen und Gemeinden, sondern eben auch beim Bund ist. Der Bund kann nun alle Velowegnetze koordinieren und auch darüber informieren (2). Dies ist sicher ein sehr wichtiger und richtiger Schritt. Mit der Kann-Formulierung bleibt es dem Bund aber überlassen, wie viel und wann er sich dieses Themas annimmt. Deshalb ist es wichtig, in den Kantonen das Heft selber in die Hand zu nehmen. Die Verbesserung der Veloinfrastruktur bleibt vorwiegend eine Sache der Kantone und Gemeinden, wie dies ebenfalls im Bundesbeschluss Velo ausdrücklich festgehalten wurde.

Im Kanton Zug wird das Velo zwar mitgedacht, aber nicht vollwertig behandelt. So werden Verkehrszählungen ca. alle vier Jahre an einem einzigen Tag durchgeführt. Dies ist lächerlich und sagt nichts aus über die Verkehrsströme der Velofahrenden. Bei einem neuen Bauprojekt werden die Verkehrswege für Velos zwar angeschaut, in der Planung rangieren sie aber nach den Autofahrenden, dem öffentlichen Verkehr und den Fussgängern in der letzten Priorität. Damit hat das Velo bereits verloren.

Nach dem Bundesbeschluss Velo ist es somit wichtig, die positive Zustimmung für das Thema Velo zu nützen und für die Zuger Velonetz-Initiative Unterschriften zu sammeln (3). Das Velo hat einen gleichwertigen Platz in der Liste der verschiedenen Akteure für die Mobilität verdient.

Was will die Zuger Velonetz-Initiative?

Leider verzichten viele Personen auf das Velofahren im Kanton Zug, der Anteil des Velos am Individualverkehr ist rückläufig. Ein wichtiger Grund sind die Lücken, welche die Infrastruktur aufweist, aber auch die Risiken, welche durch die meist gemischte Verkehrsführung bedingt sind. Nur wenn der Kanton Zug si-



Lancierung der Velonetz-Initiative.

chere Velorouten anbietet, wird das Velofahren einer breiten Öffentlichkeit zugänglich. Damit die Velowege sicher sind, müssen sie vor allem im innerstädtischen Bereich durchgängig sein. Heute enden sie oft dort, wo es am gefährlichsten ist.

Die Zuger Velonetz-Initiative fordert ein sicheres, direktes und durchgehendes Veloverkehrsnetz im Kanton Zug, fertiggestellt bis ins Jahr 2030. Alle wichtigen Wohn- und Arbeitsgebiete im Kanton Zug sind

miteinander verbunden. Der Veloverkehr wird vom Autoverkehr und dem Fussgängerbereich möglichst separiert. An den Zielorten stehen genügend Veloparkplätze zur Verfügung. Sie sind möglichst gedeckt und verfügen über E-Bike-Ladestationen. In jeder Strassenbauvorlage ist die Veloverkehrsverträglichkeit separat auszuweisen. Der Kanton erstattet dem Kantonsrat regelmässig Bericht über den Stand der Umsetzung der Velonetz-Initiative. ■

Hinweise

1. Zuger Zeitung vom 3.9.2018: <https://www.luzernerzeitung.ch/schweiz/in-der-schweiz-liegt-sehr-viel-potenzial-brach-ld.1049949>
2. Redaktionsschluss des Bulletins war vor der Bundesabstimmung vom 23. September 2018. Die Autorin ging davon aus, dass der Bundesbeschluss Velo vom Volk angenommen wurde.
3. Initiativtext und Sammelbogen für Unterschriften zur Zuger Velonetz-Initiative: <https://gruene-zug.ch/velonetz/>

PRIX Velostädte 2018

Redaktion BULLETIN

20

Erneut hat Burgdorf die Auszeichnung als velofreundlichste Stadt der Schweiz erhalten. Herzliche Gratulation! Ein erster Blick auf die Rangliste zeigt Baar auf Rang 6 der Kleinstädte, Zug erscheint nicht im Ranking. Die Redaktion wollte wissen, was Burgdorf denn besser macht als Baar und warum Baar besser ist als Zug.

Die Antwort auf die erste Frage heisst: In der Summe der Bewertungen von 34 Fragen erhielt Burgdorf die beste Note. Vergleiche müssten in allen Details gemacht werden.

Die Antwort auf die zweite Frage ist eher peinlich: Die Zahl der Antworten aus Zug war zu klein, um in die Rangliste aufgenommen zu werden. Eine nächste Chance erhält Zug wieder bei der Befragung in drei Jahren, die Ergebnisse der Befragung 2021 werden dann im Frühling 2022 publiziert.

Inhalt der Befragung

Die Befragung erfasst die Zufriedenheit mit Themen in sechs Kategorien:

- Verkehrsklima (werde ernst genommen, erlebe MIV rücksichtsvoll, keine Konflikte mit Fussgängerinnen, erlebe ÖV rücksichtsvoll, erlebe Velos rücksichtsvoll)
- Sicherheit (fühle mich sicher, genug Radwege, Radwege breit genug, Wege sind nicht gefährlich, genügend Überholabstand, Vortritt wird respektiert, sicher auf Hauptstrassen und Kreuzungen, Gefahrenorte umfahbar)
- Komfort (Velofahren ist hier komfortabel, Fahrfläche ohne Schläge, Ampeln abgestimmt, Baustellen bequem umfahbar, Velo im ÖV möglich)
- Routennetz (Erreiche Ziele direkt, gute Wegweisung, Einbahngegenverkehr, Zentrum gut erreichbar, Hauptstrassen velofreundlich, Nebenstrassen alltagstauglich)
- Abstellanlagen (mit Angebot zufrieden, am Bahnhof genügend, beim Einkaufen genügend, keine Furcht vor Diebstahl)
- Stellenwert – als gleichberechtigte

Verkehrsteilnehmende ernst genommen (verbessert, von den Behörden ernst genommen, gut unterhalten, mit Schnee- und Eisräumung zufrieden, genug Velowerbung)



Immer wieder Blockaden und der Satz: «Kannst doch auch aussen herum fahren.»

Beurteilung für Zug

In Zug dürfen wir uns nicht auf die Städte Zug und Baar beschränken, sondern sollten den ganzen Kanton betrachten. Insgesamt könnte die Beurteilung heute etwa so aussehen:

- Verkehrsklima: Wir müssen uns bemühen, heikle Stellen zu benennen, damit nicht immer wieder Konflikte entstehen, welche das Klima aufheizen. Gegenseitiger Respekt und Toleranz müssen bei allen Beteiligten gepflegt werden.
- Sicherheit: Je nach Routine der Velofahrenden ist das Sicherheitsgefühl auf den uns zugewiesenen Spuren oft schlecht, sind doch vielerorts FussgängerInnen und Radfahrende in je zwei Richtungen auf einem schmalen Trottoir unterwegs.

- Komfort: Die tiefste Note für Zug. Fahrflächen haben zum Teil brutale Schläge, Ampeln sind nicht abgestimmt, Baustellen oft weder bequem umfahbar noch vernünftig signalisiert.
- Routennetz: Die lancierte Initiative ist dringend nötig, das Netz ist arg löchrig.
- Abstellanlagen: Es gibt Plätze an Bahnhöfen, beim Einkaufen jedoch ungenügend, am See und in der Altstadt ungenügend.
- Stellenwert – als gleichberechtigte Verkehrsteilnehmende ernst genommen: leider ungenügend.

Ziele für Zug

Den Kanton Zug nicht nur bezüglich Motorisierungsgrad und Motorenleistung, sondern vor allem bezüglich Velotauglichkeit vorne in einer Rangliste zu sehen, würde uns natürlich glücklich machen. Dazu braucht es einerseits gute Infrastruktur für Radfahrende sowie eine gute Umgangskultur unter den verschiedenen Verkehrsteilnehmenden, aber auch eine genügende Zahl engagierter Velofreunde, welche dann an der Befragung teilnehmen.

Unsere Politikerinnen und Politiker dürfen sich Themen aus dem Fragenkatalog herauspflücken und aktiv werden, wo sie Defizite oder Handlungsbedarf erkennen. Auch unsere VelofreundInnen aller Art können sich und ihre Themen bei Pro Velo Zug einbringen. Wir können nicht den ganzen Kanton in einem Zug velofreundlich umbauen, doch gute Ideen werden schrittweise zu Verbesserungen führen. Packen wir es also an, unter anderem mit der Initiative für das Velonetz (s. Seite 18). ■

Mehr Informationen

Prix Velostädte: www.velostaedte.ch
 Aktiv werden in Zug: www.provelozug.ch
 Initiative: gruene-zug.ch/velonetz/

Afrika im Fokus

Grünspecht - ein kritischer Vogel

Afrika – da scheiden sich die Geister. Hier in Europa kommt Afrika in den Medien und am Stammtisch fast nur im Zusammenhang mit Migration vor. Anders in China, dort lancieren Regierung und Wirtschaft ein milliarden-schweres Förderprogramm für unsere Nachbarn auf der anderen Seite des Mittelmeeres.

Der Grünspecht ist zwar kein Wandervogel, der die kalte Winterzeit in Afrika verbringt. Aber was er zu hören bekommt, lässt ihn aufhorchen: Die Regierungs- oder Staatschefs von 53 afrikanischen Ländern sind Anfang September auf Einladung nach Peking gereist. Nicht zum Vergnügen, sondern aus Interesse an der Zusammenarbeit mit der neuen Grossmacht im Fernen Osten. Und diese lässt sich nicht lumpen. China kündigt Investitionen in der Höhe von 60 Milliarden Dollar für die Entwicklung in Afrika an. Schon jetzt ist China grösster Investor in Afrika. Chinesen bauen Strassen, Eisenbahnlinien, Stromleitungen. Flughäfen, Kraftwerke und ganze Städte werden mit chinesischem Know-how gebaut. Agrarland wird aufgekauft. Kredite werden vergeben, welche afrikanische Staaten von China abhängig machen. Viele junge Afrikanerinnen und Afrikaner studieren an chinesischen Universitäten. Kurz – vor der europäischen Haustüre im Süden etabliert sich China als neue Grossmacht, als dominierende Macht des 21. Jahrhunderts.

Europa streitet und schläft

Und wir, in der Schweiz, in Europa respektive im Westen? Unter dem Druck rechtspopulistischer Parteien und Regierungen gilt der Slogan «America first» oder «Italiener zuerst». In der Logik von rechts folgt daraus «Europa und die Welt zuletzt». Auch in der Schweiz sind die Rechtsparteien diesem Motto verfallen. Für sie sind die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Europäischen Union nach dem Brexit-Entscheid in Grossbritannien oder im Zusammenhang mit Migrationsfragen Anlass zu jeweiligen Freudenschreien.

Die europäischen Regierungen streiten lieber mit afrikanischen Regierungen über sogenannte Rückübernahmeabkommen für ein paar hundert Migrantinnen und Migranten. Oder sie kürzen – wiederum unter



dem Druck von rechts – die Gelder für Entwicklungshilfe. Oder sie wollen diese Finanzhilfen mit Zugeständnissen in Migrationsfragen verknüpfen.

Europas Angebot

Dabei hätte Europa viel zu bieten – trotz der früheren Kolonialzeit mit ihren Verbrechen an der afrikanischen Bevölkerung; der Sklavenhandel ist da nur eines von vielen trüben Kapiteln in der Geschichte. Christliche Missionare, NGOs, private Initiativen und auch Unternehmen tun viel Gutes für die Entwicklung in Afrika. Sie investieren in die Bildung, ins Gesundheitswesen, in eine nachhaltige Landwirtschaft als wirksames Mittel gegen die Landflucht, in sinnvolle Infrastrukturprojekte.

Aber es gibt auch wunde Punkte, welche die Entwicklung behindern: Waffenverkäufe als Stütze für korrupte Regimes, die hochsubventionierten Exporte von überschüssigen Nahrungsmitteln aus Europa, welche die einheimische Landwirtschaft zerstören, die hohen Zollhürden für Afrikas Exporte. Und die unfairen Handelsbeziehungen – so der Luzerner CVP-Sozialdirektor Guido Graf kürzlich in der «Zentralschweiz am Sonntag»: «Die Ressourcen vor Ort gehören

21

den Menschen dort und nicht global agierenden Konzernen.» Das müssten sich die Zuger Bürgerlichen hinter die Ohren schreiben. Herr Michel, sagen Sie das mal dem Herrn Glasenberg! Oder fehlt Ihnen der Mut, weil sonst die ganze Tiefststeuerstrategie in sich zusammenbricht?

Menschenrechte im Vordergrund

Europa hat noch was zu bieten, was China nicht kann. Die Menschen in Afrika dürsten nicht nur nach Wohlstand und Entwicklung, sie dürsten auch nach Freiheit und Demokratie. Europa ist gefordert, sich in Afrika zu engagieren – und zwar mit voller Kraft. ■

Urfaschismus

Redaktion BULLETIN

22

In einer Zeit, in welcher Gestalten wie Putin, Erdogan, Trump, Le Pen, Wilders, Orbán, Kaczyński und andere an der Einführung des Totalitarismus in ihren Ländern arbeiten, müsste man sich hoch alarmiert fragen, warum diese Entwicklung stattfindet, und vor allem auch, ob sie auch bei uns in Gang ist.

Entscheidend dabei ist, die entsprechenden Vorzeichen und ihre Urheber möglichst früh zu erkennen, um sich so einem meist schleichend stattfindenden Prozess rechtzeitig entgegenzustellen. Der im Jahr 2016 verstorbene Umberto Eco war Romanautor («Der Name der Rose»), Philosoph und Medienwissenschaftler. 1932 in Italien in der Zeit des Faschismus geboren, verarbeitete er das Thema unter anderem in einer Rede, die er 1995 an der Columbia University in New York hielt. In dieser Rede hielt er die seiner Meinung nach zeitlosen Merkmale des «Urfaschismus», oder auch des «ewigen Faschismus» fest, die es auch heute zu erkennen gilt:

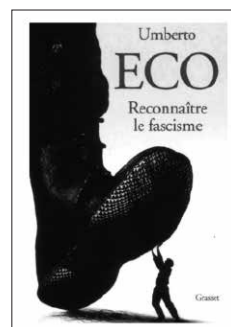
1. Kult der Überlieferung: Es kann keinen Fortschritt des Wissens geben, die Wahrheit wurde schon offenbart, es geht nur noch um den Erwartungsmoment, bis alle diese Botschaft erkennen.
2. Ablehnung von Moderne, Vernunft, Aufklärung und somit des Rationalen. Diese Ablehnung kann jedoch neben einer begeisterten Verehrung der Technologie als Mittel zur Aktion existieren.
3. Kult der Aktion um der Aktion willen. Eine in sich schöne Aktion muss vor dem Denken erfolgen oder ganz ohne Denken. Denken ist eine Form der Kastration. Daher wird Kultur verdächtig, sobald sie mit kritischen Einstellungen identifiziert wird. Misstrauen gegenüber der Welt des Intellekts war immer ein Symptom des Urfaschismus.
4. Kritik ist Hochverrat. In der Moderne ist kritischer Dissens ein Mittel zum Erkenntniswachs-

tum. Für den Urfaschismus ist fehlende Übereinstimmung Verrat.

5. Meinungsverschiedenheiten sind ein Anzeichen der Vielfalt. Der Urfaschismus wächst und sucht Unterstützung, indem er die natürliche Angst vor Unterschieden ausbeutet und verschärft. Der erste Appell einer faschistischen oder vorfaschistischen Bewegung richtet sich gegen Eindringlinge. So ist der Urfaschismus per se rassistisch.
6. Faschismus entspringt einer gesellschaftlichen, massenhaft geteilten Frustration, ohne dass die Massen einen kritischen Begriff von den gesellschaftlichen Verhältnissen und der in diesen Verhältnissen versteckten, sie ausbeutenden Herrschaft haben.
7. Den der gesellschaftlichen Identität beraubten sagt der Urfaschismus, dass das Eigentum an dem Land ihr Ursprungsrecht sei, das ihnen von niemanden genommen werden dürfe und könne – Ursprung des völkischen Nationalismus.
8. Der Feind ist gleichzeitig schwach wie auch stark. Daher gibt es eine Obsession für Verschwörungen, einen gewissen Verfolgungswahn. Ein permanentes Gefühl der Demütigung, des Zu-kurz-gekommen-Seins und dem daraus erwachsenden Rachedurst entwickelt sich.
9. Kampf als Selbstzweck. Es gibt keinen Kampf ums Überleben, sondern nur ein Leben für den Kampf.
10. Verachtung für die Schwachen bzw. Elitedenken.

11. Erziehung zum Heldentum, Heroismus als Norm. Auch ein Todeskult bzw. Totenkult ist oft anzutreffen.
12. Machismo, Sexismus – Waffen als Phallusersatz.
13. Gezielter Populismus: «There is in our future a TV or Internet populism, in which the emotional response of a selected group of citizens can be presented and accepted as the Voice of the People.»
14. Urfaschismus spricht Newspeak/ Neusprech. Dabei ist wichtig zu erwähnen, dass Neusprech die Simplifizierung der Sprache meint und nicht komplexere Sprachregelung, welche demnach zumeist im faschistischen Sinne bekämpft wird.

Diese Merkmale lassen sich nicht zu einem System organisieren; viele von ihnen widersprechen einander und lassen sich ausserdem auch anderen Formen des Despotismus oder Fanatismus zuordnen. Aber jedes einzelne von ihnen kann zum Kristallisationspunkt für den Faschismus werden. Obige Liste ist eine verknappte und verkürzte Form der 1995 von Umberto Eco in einem Artikel veröffentlichten Auflistung von Merkmalen des Urfaschismus (s. Kasten). ■



Mehr Informationen

Hier der Artikel von Umberto Eco in voller Länge:

<https://www.zeit.de/1995/28/Urfaschismus>

Nein zur Selbstbestimmungsinitiative

Human-Rights-Plattform und Redaktion BULLETIN

Die Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» (Selbstbestimmungsinitiative) der SVP kommt am 25. November 2018 zur Abstimmung. Die SVP will den Vorrang des Verfassungsrechts gegenüber dem Völkerrecht verankern. Alle heutigen völkerrechtlichen Verträge, die nicht dem Referendum unterstanden, sollen nicht mehr massgebend sein.



Bundesrat, Parlament und alle Parteien mit Ausnahme der SVP lehnen die Selbstbestimmungsinitiative (SBI) klar ab. Sie gefährdet die Rechtssicherheit in den internationalen Beziehungen und unterwandert die Glaubwürdigkeit der Schweiz als zuverlässige Vertragspartnerin. Schliesslich droht mit der SBI eine Schwächung der international gültigen Menschenrechte in der Schweiz.

Angriff auf die Menschenrechte

Das eigentliche Ziel ist die Relativierung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) – bis hin zur möglichen Kündigung: Da die EMRK bei der Ratifizierung 1974 noch nicht dem Referendum unterstand, wären die darin enthaltenen Menschenrechtsgarantien im Falle eines Konfliktes mit inländischem Recht nicht mehr massgebend. Entsprechende Rügen seitens des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte müssten unbeachtet bleiben. Konsequenterweise müsste die Schweiz in der Folge aus der EMRK und dem Europarat austreten.

Erosion der europäischen Wertege-meinschaft

Ausserdem ist die EMRK ein Garant für den Frieden, die Sicherheit und die freiheitlichen Errungenschaften in Europa. Durch die erzwungene Missachtung der EMRK oder gar einen Austritt aus dem Europarat würde die Schweiz diesen Pfeiler des Menschenrechtsschutzes gefährden und wäre nebst Weissrussland das einzige Land in Europa, welches seinen Bürgerinnen und Bürgern den Schutz der EMRK vorenthält.

Unehrllich und widersprüchlich

Die SVP greift die Menschenrechte nicht offen an, sondern möchte diese über den Schleichweg des angeblichen «Vorrangs» der Verfassung schwächen. Auch die Initiantinnen und Initianten der Selbstbestimmungsinitiative wissen, dass eine offene Ablehnung der Menschenrechte unpopulär wäre, und sie versuchen daher, einen Volksentscheid gegen die Menschenrechte zu erwirken, indem auf das abstrakte «Völkerrecht» und das populäre Feindbild der

«fremden Richter» fokussiert wird. Die Folge wäre, dass völkerrechtliche Verträge, die nicht dem Referendum unterstanden, für das Bundesgericht und die anderen rechtsanwendenden Behörden nicht mehr massgebend wären, während Abkommen von untergeordneter Bedeutung weiter massgebend wären. So unterstand etwa die Regelung für die Überwachung und Behandlung von Ballastwasser von Schiffen dem Referendum, während das Übereinkommen über Verhütung und Bestrafung des Völkermords keiner optionalen Genehmigung durch das Volk bedurfte. Damit widerlegt die SBI im Übrigen ihren illusorischen Anspruch, für eine allgemeingültige und eindeutige Klärung des Verhältnisses Landesrecht/Völkerrecht zu sorgen, gleich selbst.

Die Schweiz ist keine Insel

In der Staatengemeinschaft haben insbesondere kleinere Staaten wie die Schweiz ein starkes Interesse an allgemeingültigen, für alle Staaten gleichermaßen geltenden Regeln. Die Schweiz hat auch deshalb ein grosses Interesse an der Geltungskraft des Völkerrechts, weil ihre Volkswirtschaft mit der Weltwirtschaft eng verflochten ist und der Wohlstand der Schweiz massgeblich von dieser Beteiligung abhängt.

Fazit

Die Selbstbestimmungsinitiative ist ein Angriff auf die Schweizer Rechtsordnung. Die Auswirkungen auf das Rechtssystem wären derart gravierend, dass sie die individuellen Grundrechte, die Rechtssicherheit, die Stabilität und den Wohlstand in der Schweiz grundlegend und dauerhaft untergraben würde. Zur Veranschaulichung des resultierenden Chaos denke man an den Brexit, nur dass die Schweiz nicht lediglich mit einem Partner brechen, sondern sämtliche Verträge mit allen Staaten auf einmal aufheben würde. ■

Zufriedene Grüne

Redaktion BULLETIN

24

Am 25. August 2018 fand die Delegiertenversammlung der Grünen Schweiz im Burghausaal in Zug statt. Aus der ganzen Schweiz reisten die Delegierten an, um über aktuelle Themen zu diskutieren, Abstimmungsparolen zu fassen und sich von den Zuger Organisatorinnen und Organisatoren kulinarisch verwöhnen zu lassen.

Die Versammlung stand ganz im Zeichen der Fair-Food-Initiative: Vertreterinnen und Vertreter unterstützender Organisationen beleuchteten die Initiative aus ihrer jeweiligen Perspektive und zeigten auf, weshalb «Fair Food» für Mensch, Tier, Umwelt und Klima unverzichtbar ist. Ausserdem entschieden die Delegierten über eine Klimaresolution

(vgl. Seite 16). Diese fordert, dass das Klimaabkommen von Paris erfüllt und das CO₂-Gesetz in der Schweiz nicht abgeschwächt wird. Tagespräsidentin Esther Haas führte souverän durch den Tag und die zahlreichen Helferinnen und Helfer taten ihr Bestes, dass die Reise nach Zug bei den grünen Delegierten in bester Erinnerung bleiben wird. Herzlichen Dank.







26

Traurig. Pro Velo ist der grösste Velokursanbieter in der Schweiz. Das seit Jahren etablierte Angebot zur Erhöhung der Verkehrssicherheit vermittelt Kindern, Eltern und Jugendlichen die Verkehrsregeln und das korrekte Fahren in Theorie und Praxis. Pro Velo Zug arbeitete für die Kurse immer mit der Zuger Polizei zusammen. Diese Zusammenarbeit ist ein Opfer der Sparmassnahmen des Kantons geworden, Polizeibeamte können in den Kursen nicht mehr mitarbeiten. Besonders schade ist, dass so den Kindern eine Gelegenheit genommen wird, den Freunden und Helfern in Uniform in einer lockeren Atmosphäre zu begegnen. Pro Velo führt weiterhin Kurse durch und pflegt den Kontakt mit den Verkehrsinstruktoren. Die Kurse haben das Qualitätslabel des Schweizerischen Verkehrssicherheitsrates VSR. Sie sind auch seit Jahren vom Schweizerischen Fonds für Verkehrssicherheit anerkannt. ■

Radweg Zug–Inwil gesperrt. Keine Umfahrungsempfehlung. Eine trockene Information Nr. 3949 im Amtsblatt sagt uns, dass der Radweg zwischen der Kantonsschule und Inwil für ein Jahr gesperrt wird, wegen Erschliessungsarbeiten. Zug Stadt, Departement Soziales, Umwelt und Sicherheit. In der Zeitungsnotiz zwei Wochen später steht dann etwas zur Umleitung für Velofahrende. ■

Radfahrende, welche der nationalen Veloroute 99 oder 51 folgen, werden in Zug durch die Unter Altstadt geleitet. Es kann immer wieder vorkommen, dass sie in der Altstadt in einen Anlass (Flohmarkt, Aufbauarbeiten Jazz Night usw.) geraten und von verständnislosen Leuten angemacht werden (Siehst nicht dass da am falschen Ort bist?). Obwohl für den Anlass eine Bewilligung eingeholt werden musste, gibt es keine Signalisation oder Umfahrungsempfehlung. ■

Schöner Sommersonntag in Oberwil, 8.00 Uhr, Schwimmen im See. Ruhig liegt das Dorf da, der Strassenlärm hält sich in Grenzen. Plötzlich Motorenlärm in der Nähe. Hä? In der Gartenwirtschaft des Restaurants Kreuz wird aufgeräumt, mit dem Laubbläser selbstverständlich. Keine Bange, es ist alles korrekt! Im Reglement über die Lärmbekämpfung vom 18. Januar 1972 §6 mit dem Titel «Lärmige Haus- und Gartenarbeiten» steht: Bei Haus- und Gartenarbeiten ist auf die Mitbewohner und Nachbarn Rücksicht zu nehmen. Lärmige Arbeiten, wie Rasenmähen, Teppichklopfen usw. sind auf die Zeit von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr und von 13.30 Uhr bis 20.00 Uhr zu beschränken. Ich bin weder Mitbewohner noch Nachbar und es ist inzwischen sogar schon 8.15 Uhr. ■

Wahlpropaganda kann entlarven. «Einem weiteren Ausbau des Sozialsystems muss auf eidgenössischer Ebene vehement entgegengewirkt werden.» Silvia Thalman, CVP, kandidiert als Regierungsrätin. Gelesen in «Wirtschaft Zug». ■

Liest die SVP das BULLETIN? Zehn Tage nach Versand des BULLETINS bringt KR Karl Nussbaumer in der Rubrik «Zuger Ansichten» der «Zuger Zeitung» das Thema Beitragskürzungen bei den Wanderwegen aus dem «Gestreift». Nein, ich zähle ihn nicht zu den BULLETIN-Lesern, er hatte sich bereits bei der damaligen Debatte im Kantonsrat für die Erhaltung des Wanderwegnetzes eingesetzt. ■

Herr Tännler, wie lange können Sie auf einem Bein stehen? Der Kanton Zug steht auf einem Bein, nämlich «Unternehmensstandort». Und genau diesen Unternehmensstandort brauchen Sie immer wieder für die Argumentation beim Thema Steuern. Fachleute aus der Wirtschaft nennen jedoch zuerst andere Standortfaktoren: Digitalisierung, Vernetzung, Forschung, Innovation, Energieversorgung, Infrastruktur, Bildung, Gesundheitswesen. Können wir uns da weiterentwickeln trotz Sparhysterie? ■

LIQUID TRUTH

Montag, 20. November, 20 Uhr
Kino Gotthard Zug

Der Schwimmlehrer Rubens wird beschuldigt, einen sechsjährigen Knaben auf unpassende Weise in der Garderobe geküsst zu haben. Der Vater des Jungen beschwert sich umgehend. Die Mutter informiert die anderen Eltern mit Social Media über den vermeintlichen sexuellen Übergriff. Sofort bricht die Hölle los: Vermutungen und Verdächtigungen kursieren. Schnell als Pädophiler abgestempelt, landet Rubens zum Verhör auf dem Polizeiposten. Sind die Instagram-Fotos von minderjährigen Schwimmschülerinnen auf seinem Handy Indizien dafür, dass er pädophil ist? Oder bezahlt er für sein nicht ganz regelkonformes Verhalten, wofür ihn die Kinder aber gerade lieben? Regisseurin Carolina Jabor zeigt auf, wie vorschnelle Schlussfolgerungen in einer Hexenjagd enden können. Im Zusammenspiel mit Social Media ein aktuelles Thema. Ein herausragender Film mit stimmungsvollem Sound, präzisen Bildern, knappen Dialogen und einem überzeugenden Hauptdarsteller. Der Film läuft bei FLIZ im Rahmen der Reihe «Im Gotthard um die Welt». Im Anschluss an den Film Saalgespräch mit Gästen zum Thema Social Media.

Elke Mangelsdorff
FLIZ FilmLiebhaberInnen
Zug



Mittwoch, 3. Oktober, Alternative Monatsbar im Siehbachsaal Zug
Gute Gespräche und feines Essen. Es kochen die Grünen Steinhausen. Gemütliches Beisammensein und Kaffeesatzlesen für die Wahlen. ab 18.30 Uhr

Sonntag, 7. Oktober, Kantonale Gesamterneuerungswahlen
• Andreas Hürlimann 1x auf die Regierungsratsliste
• Liste 2 in den Kantonsrat

Wahlfeier: ab 18 Uhr in der Jugendherberge, Allmendstrasse 8, Zug

Mittwoch, 7. November, Alternative Monatsbar im Siehbachsaal Zug,
Gute Gespräche und feines Essen. Es kochen die Jungen Alternativen ab 18.30 Uhr, um 20 Uhr wird die 99%-Initiative der Juso vorgestellt.

Mittwoch, 5. Dezember Alternative Monatsbar im Siehbachsaal Zug,
Gute Gespräche und feines Essen. Es kocht die CSP ab 18.30 Uhr, um 20 Uhr liest euch der Samichlaus die Leviten.

Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative – die Grünen Zug
Metallstrasse 5, 6300 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro
Alternative – die Grünen Zug:
Mo und Do 9–16 Uhr
E-Mails an:
info@alternative-zug.ch
werden von Mo–Fr bearbeitet.

Alternative – die Grünen Baar
Anna Lustenberger-Seitz
info@alternative-baar.ch

Alternative – die Grünen Menzingen
Barbara Beck-Iselin
b.beck-iselin@bluewin.ch

Alternative – die Grünen Unterägeri
Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

Alternative – die Grünen Stadt Zug
Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-stadt.ch

Forum Oberägeri
Philipp Röllin
roellin.ph@bluewin.ch

Grünes Forum Hünenberg
Rita Hofer
rita_hofer@bluewin.ch

Grüne Risch-Rotkreuz
(ehemals Gleis 3 Alternative Risch)
Heinz Widmer
mail@gruene-rischrotkreuz.ch

Grüne Steinhausen
Edith Seger Niederhauser
Postfach 123
6312 Steinhausen
steinhausen@gruene-zug.ch

Junge Alternative Zug
Konradin Franzini und
Gurbetelli Yener
Metallstrasse 5, 6300 Zug
junge@alternative-zug.ch

Krifo Alternative Cham
Roman Ambühl
cham@alternative-zug.ch

Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat
www.alternativefraktion.ch

Grüne Partei Schweiz
www.gruene.ch



Facebook
fb.com/AlternativeZug



Twitter
@AlternativeZG



Instagram
@alternativegruene



WhatsApp-Newsletter
Sende deinen Namen per
WhatsApp an 079 519 81 91

Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen. Die Inhalte der Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung des Vorstands oder der Fraktion der Alternativen – die Grünen.

BULLETIN
Nr. 3, 25. September 2018
erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse:
BULLETIN Alternative –
die Grünen Kanton Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug

Redaktion:
Natalie Chiodi
Jonas Feldmann
Hansjörg Glauser
Hansruedi Küttel
Lorenzo Martinoni

Kontakt:
bulletin_redaktion@bluewin.ch

Lektorin: Kathrin Graffe

Gestaltungskonzept:
S.H.E.D. GmbH

Produktion:
Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cyclus Print
(100% Recycling-Papier)

Titelbild: Paula Gisler

Nutzaufgabe: 800 Ex.

Abonnement: Fr. 25.–
KleinverdienerInnen: Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–
Mitgliederbeitrag Verein
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 4/2018:
Freitag, 23. November 2018

Erscheinungsdatum
Samstag, 15. Dezember 2018

DAS BULLETIN
www.bulletin-zug.ch

P.P. 6300 ZUG Post CH AG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Metalstrasse 5, 6300 Zug

